

04.03.2017

Förderung politischer Partizipation von Jugendlichen – Jugendparlament Karben

Sehr geehrte Frau Lenz,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung:

1. Die Stadt Karben erkennt die Notwendigkeit an, Kindern und Jugendlichen angemessene Möglichkeiten zur Partizipation am kommunalpolitischen Geschehen zu schaffen. Dabei ist besonderen Wert darauf zu legen, dass die Beteiligungsmöglichkeiten unmittelbar und nachhaltig gestaltet werden. Besonderen Stellenwert haben Entscheidungen, die die Interessen von Kindern- und Jugendlichen direkt berühren.
2. Zur Verwirklichung dieses Grundsatzes im Rahmen des §4c der hessischen Gemeindeordnung soll ein städtisches Jugendparlament eingerichtet werden. Vertreterinnen und Vertreter aller Stadtteile im Alter zwischen 13 und 18 Jahren sollen im Rahmen dieses Gremiums gemeinsam beraten. Das bestehende Kinder- und Jugendforum soll in ein reines Kinderforum (5-12) umgewidmet werden.
3. Der Magistrat damit beauftragt, zur Konzeption einer Geschäftsordnung des Jugendparlaments, zur Veränderung der Geschäftsordnung des Kinder- und Jugendforums, sowie der Vorbereitung einer konstituierenden Sitzung des Jugendparlaments einen Arbeitskreis einzusetzen. Mitglieder dieses Arbeitskreises sollen Mitglieder des Ausschusses für Jugend, Soziales und Kultur, die zuständige Stadträtin, Vertreterinnen und Vertreter der Schülerversammlung der Kurt-Schumacher-Schule, Vertreterinnen und Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendbeteiligung, VertreterInnen des Jukuz bzw. aktive in der Jugendarbeit, sowie den zuständigen MitarbeiterInnen aus der Stadtverwaltung sein.
4. Der Arbeitskreis erhält den Auftrag, zusätzlich zu den in Punkt 3 genannten Aufgaben zu folgenden Punkten Lösungen zu erarbeiten:
 - 4.1. Durchführung von Wahlen zum Jugendparlament
 - 4.2. Rechte des Jugendparlamentes, insbesondere Rede- und Antragsrecht in Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung (vgl. §1, Ab.2-3 Geschäftsordnung des Kinder- und Jugendforums der Stadt Karben)
 - 4.3. Aufgabentrennung zwischen Kinderforum und Jugendparlament
 - 4.4. Finanzielle und personelle Ausstattung des Jugendparlamentes



5. Die Stadtverordnetenversammlung wird regelmäßig über Aktivitäten des Arbeitskreises informiert. Nach Beendigung der Arbeit des Arbeitskreises beschließt die Stadtverordnetenversammlung abschließend über die Bildung eines Jugendparlaments entsprechend der Ergebnisse des Arbeitskreises.

6. Zur Betreuung und Beratung des Jugendforums ist eine ausreichende personelle Ausstattung der Stadtverwaltung sicherzustellen. Die zusätzlichen Anforderungen dürfen nicht zulasten der bestehenden Leistungen der Stadt Karben im Bereich Jugend gehen. Die Stadtverordnetenversammlung ist darüber in Kenntnis zu setzen.

Begründung:

Das bestehende Kinder- und Jugendforum ist gemäß seiner Geschäftsordnung zwar für die Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen Karbens zuständig, besteht allerdings nur aus Grundschülerinnen und Grundschülern der 3. und 4. Klasse. Die Sitzungen des Forums werden nicht öffentlich angekündigt, ebenso stehen die Protokolle selbst den Stadtverordneten nicht zur Verfügung.

Aus Sicht der SPD Karben besteht ein gravierender Mangel an Angeboten zur politischen Partizipation für Jugendliche in der Altersgruppe von 12 bis 18 Jahren. Es ist darum zu überlegen, die Arbeit des Kinder- und Jugendforums auf die aktuelle Arbeit und Interessenvertretung für Kinder formal zu beschränken und Angebote gezielt für Jugendliche zu schaffen. Die Notwendigkeit für Karben, ein Jugendparlament nach der Empfehlung des Landes Hessen zu implementieren, lässt sich an verschiedenen Faktoren verdeutlichen:

Die aktuelle politische Situation in Deutschland zeigt die gesellschaftliche Pflicht junge Menschen zu politisieren und besonders zu demokratisieren. Studien wie „Die Mitte im Umbruch“ der Friedrich Ebert Stiftung oder „Die enthemmte Mitte“ (u.a.) der Heinrich Böll Stiftung zeigen, dass die Tendenzen zur Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus in der Mitte der Gesellschaft einen immer breiter werdenden Anklang finden. Auch zeigen die Wahlergebnisse Karbens der letzten Jahre eine schwindende Wahlbeteiligung, was u.a. auf ein „Ohnmachtsgefühl“, politische Frustration und tw. naive Feindbilder zurück zu führen ist. Die Option, durch Partizipation eine politische Teilhabe zu erlangen, wird heute nicht selten durch plakativen Parolen und einer allgemein ablehnenden Haltung ersetzt. Die daraus resultierenden Folgen für unsere demokratischen Grundwerte lassen eine sehr dunkle Zukunft erkennen!

Um den Tendenzen entgegen zu wirken, muss die demokratische Erziehung der nächsten Generation mehr den je zu einer vorrangig gesellschaftlichen Aufgabe werden. Diese kann nicht primär von Bund oder Ländern erfüllt werden, sondern von uns - von den lokalen und



kommunalpolitischen Trägern und Aktiven. Darum soll zukünftig den Jugendlichen Karbens eine echte Möglichkeit zur Partizipation an städtischen Geschehen gegeben werden, um Demokratie, ihrer Bedeutung und Funktion auf das eigene Leben und das Anderer zu erlernen.

Durch den Zuzug von jungen Familien, den wir aktuell an dem gestiegenen Bedarf von Kindergartenplätzen beobachten können, lässt sich langfristig ein Anstieg von Jugendlichen prognostizieren, für die eine eigenständige Interessenvertretung erforderlich wird.

Die Implementierung solcher Parlamente wurde bereits von vielen Gemeinden in Hessen erfolgreich umgesetzt (u.a. in Marburg oder Bad Nauheim). Diese dienen der Durchsetzung von Interessen junger Menschen, dem Erlernen demokratische Prozesse, sowie dem politischen Austausch zwischen Interessenvertretung und der Stadtverordnetenversammlung.

Die politische Zukunft darf nicht auf Grund von finanziellen oder personellen Erwägungen verspielt werden! Als Parlamentarier ist der Erhalt demokratischer Werte bzw. eines demokratischen Systems und die Begeisterung für dieses, gerade in der kommenden Generation, eine unumgängliche Prämisse für jeden von uns, weshalb die Unterstützung dieses Vorhabens obligatorisch für jeden Demokraten und jede Demokratin sein sollte. Darum bitten wir um Unterstützung.

Mit freundlichem Gruß

gez. Thomas Görlich